

Beschlüsse der Delegiertenversammlung des BUND Naturschutz am 13./14. Juni 2026 in Deggendorf

Beschluss der Delegiertenversammlung

Leitantrag

Angriff auf Umwelt-, Natur- und Klimaschutz stoppen:

Hände weg von Gemeinwohl, Zivilgesellschaft und Demokratie!

Saubere Atemluft, reines Trinkwasser, gesunde Lebensmittel, intakte Natur – das sind unverzichtbare Grundlagen unseres Lebens. Geschützt werden sie nicht zuletzt durch wirkungsvolle Gesetze. Doch in Bayern, Deutschland und der EU gehen Akteur*innen aus Politik und Wirtschaft gerade konzertiert daran, diese Schutzgesetze aufzuweichen, zu beschneiden oder sogar ganz abzuschaffen. Sie verunglimpfen diese als „Bürokratiemonster“ und Hemmnis für Wirtschaft und ungebremstes Wachstum, als würden die natürlichen Ressourcen unbegrenzt zur Verfügung stehen, als gäbe es keine Klima- und Biodiversitätskrise. Unter dem eingängigen Slogan des Kampfs gegen Bürokratie wird eine beispiellose Deregulierung zugunsten von lautstarkem Konzernlobbyismus und zulasten des Gemeinwohls durchgeführt.

So wollen in der EU neoliberale, konservative und extrem rechte Kräfte gemeinsam den Green Deal rückabwickeln. Unterhändler*innen von Europäischem Parlament, Rat und Kommission planen eine weitreichende Deregulierung für neue genomische Techniken. In Deutschland soll mit dem Infrastruktur-Zukunftsgesetz Straßenbau und Flächenverbrauch erleichtert und im Interesse der fossilen Gas-Lobby die Wärmewende und der Ausbau der Erneuerbaren Energien ausgebremst werden. Und auf Landesebene ermöglichen die sogenannten Modernisierungsgesetze wieder den rücksichtslosen Gebrauch und Verbrauch von Natur, Landschaft und Ressourcen, in Teilen als überragendes öffentliches Interesse deklariert und in ihrer Durchsetzungskraft noch gesetzlich verstärkt. Das alles greift die Grundpfeiler eines nachhaltigen Wirtschaftens, vorausschauenden Ressourcengebrauchs und zukunftsfähiger Arbeitsplätze ebenso an, wie unsere direkten Lebensgrundlagen und ein friedliches Zusammenleben auf diesem Planeten.

Diese rückwärtsgewandten Bestrebungen gehen einher mit dem größten Angriff in den letzten Jahrzehnten auf die Zivilgesellschaft und damit auch auf uns. Denn der Abbau des gesetzlichen Schutzes von Natur und Umwelt soll gleichzeitig mit dem Abbau von Klage- und Beteiligungsrechten erfolgen. Die berechtigten Anliegen von Naturschützer*innen werden marginalisiert. Mehr noch: Natur- und Umweltschützer*innen werden beschuldigt, dem Fortschritt und dem Wohlstand im Weg zu stehen und so die Zukunft zu verspielen. Dieser in die Gesellschaft hineingetragene Kulturkampf ist ein Angriff auf die gesamte Gesellschaft, da (wieder) das Recht des Stärkeren gilt. Das zerstört das Vertrauen in die Politik, unterminiert den Willen zur politischen Mitgestaltung und treibt die Menschen demokratiefeindlichen Parteien zu. Wenn Beteiligungsrechte zum Schutz des Gemeinwohls verloren gehen, schadet das der gesamten Gesellschaft.

Wir fordern daher von allen bayerischen Politiker*innen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene, die als „Bürokratie-Abbau“ und Beschleunigungsgesetze verschleierte Angriffe auf jahrzehntelang bewährte Errungenschaften der Beteiligung und des Gemeinwohlschutzes sofort zu stoppen. Wir erwarten, dass sie sich in ihren Parteien und den Parlamenten für mehr statt weniger Natur-, Umwelt- und Klimaschutz einsetzen und die ungebremste Ausbeutung unseres Planeten stoppen.

Wir appellieren an die bayerischen Politiker*innen, dringend Schutzregeln wie die FFH-Richtlinie, die Wasserrahmenrichtlinie und die ökologisch, sozial und auch wirtschaftlich sinnvolle Verordnung zur Wiederherstellung der Natur endlich konstruktiv, pragmatisch, aber anspruchsvoll umzusetzen, statt dagegen zu polarisieren und Abschwächungen oder gar deren Abschaffung zu fordern. Wir erwarten, dass nicht Ängste geschürt, sondern sich zu Schutzziele bekannt und auch finanzielle Anreize für die Umsetzung gesetzt werden.

Insbesondere vom EVP-Vorsitzenden Manfred Weber als einem zentralen bayerischen Akteur in diesem Prozess fordern wir ein rückhaltloses Bekenntnis zur Bewahrung unserer Lebensgrundlagen und ein entsprechendes Handeln im Sinne des Gemeinwohls und nicht der Interessen Einzelner.

Wir fordern die Staatsregierung auf, nicht länger an fossilen Energien festzuhalten und damit auch noch geopolitische Abhängigkeiten zu zementieren, die heute problematischer sind denn je.

Diese rückwärtsgewandte Politik ist nicht modern, sondern verantwortungslos. Sie verschärft die Biodiversitäts-, Klima- und Wasserkrise, die Kosten dafür zahlen wir alle. Zudem schwächt sie bereits jetzt die Planbarkeit und die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftens.

Wir sagen „Hände weg von der Natur“ und all den sinnvollen und nötigen Schutzregeln. Dafür wollen wir uns aktiv in Bündnissen einsetzen. Neben dem bereits laufenden Einsatz in der „Hands Off Nature“ Kampagne, wollen wir uns in der kommenden Kampagne Take back Control von Young Friends of the Earth Europe beteiligen, die im November 2026 starten wird.

Wir wissen dabei die Wissenschaft und viele nachhaltig orientierte Partner*innen auch in der Wirtschaft und in vielen Kommunen hinter uns.

Wir verteidigen die Schutzregeln für das Gemeinwohl – im politischen Diskurs, vor Gericht und im Alltag.

Wir stellen uns gegen die Tech-Milliardäre und die Trumpist*innen, die unsere Gesellschaft zurück in die Herrschaft des Faustrechts und der Ungleichheit stürzen wollen.

Wir vertreten selbstbewusst unsere Rechte als Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Die Verbandsklage dient nicht Einzelinteressen, sondern der Umsetzung geltenden Rechts und der Verteidigung von Natur, Klimaschutz und anderen Gemeingütern – für uns alle.

Wir setzen uns ein für demokratische Prozesse und verurteilen Bestrebungen, die Demokratie zu schwächen.

Wir sehen uns in dieser Auseinandersetzung in einer gesellschaftlichen Mehrheit, die vielen Umfragen und Studien zufolge das Wohl aller Menschen und künftiger Generationen zum Ziel hat.

BUND Naturschutz in Bayern e.V., beschlossen am 14. Juni 2026 in Deggendorf

Beschluss der Delegiertenversammlung

Leitantrag 2

Atomkraft löst keine Probleme der Energieversorgung

Vierzig Jahre nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl und fünfzehn Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima gedenkt der BUND Naturschutz der Opfer und der weiterhin ungelösten Unfallfolgen. Die beiden Unglücke zeigen, dass Atomenergie eine Hochrisikotechnologie ist. Gleichzeitig mehren sich die Forderungen zum deutschen Wiedereinstieg in die Atomenergie. Atomkraft ist kein Klimaschützer, macht abhängig von Autokraten und ist durch die Verknüpfung von ziviler und militärischer Nutzung hochgefährlich. Zudem ist die Entsorgung abgebrannter Kernelemente weiterhin weltweit ungelöst.

Der BUND Naturschutz steht weiterhin hinter dem erfolgreichen Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie 2023. Derzeitige Forderungen nach SMR (sog. Minireaktoren) sowie Kernfusion stellen keine Lösung für unsere aktuelle Situation dar. Alle weltweiten Reaktorprojekte zeigen, dass sie deutlich länger benötigen, extrem kostspielig sind und nicht ohne staatliche Garantien auskommen.

Der BUND Naturschutz tritt für eine konsequente dezentrale Energiewende auf Basis von Erneuerbaren Energien ein. Wind und Sonne liefern bereits jetzt ausreichend Energie. Sie sind Grundlage für eine unabhängige, nachhaltige und krisensichere Energieversorgung. Nur mit ihnen kann eine sozial-ökologische Transformation gelingen.

Beschluss

Der BUND Naturschutz lehnt SMR, Transmutation und Kernfusion ab. Diese Technologien helfen in der aktuellen Energiekrise nicht weiter

Die Forderungen zum Wiedereinstieg Deutschlands in die Atomenergie werden immer lauter. Auch reaktionäre und rechte Politiker*innen fordern sowohl neue Generationen von Reaktoren sowie die Reaktivierung von abgeschalteten Reaktoren. Diese Forderungen sind ohne jegliche Substanz und lenken nur vom realen Problem einer verschleppten und partiell verhinderten Energiewende hin zu Erneuerbaren ab. Menschen erwarten konkrete und zeitnah realisierbare Lösungen für die aktuellen Herausforderungen. Deshalb fordert der BUND Naturschutz die Staats- und die Bundesregierung auf, die Milliarden statt in Kernfusion- und SMR Forschung auf allen Ebenen für die sozial abgefederte Transformation des Energiesystems hin zu 100 Prozent Erneuerbare Energie zu investieren.

Die immer wiederkehrenden Atomfantasien in verschiedenen Parteien sind sinnloses Geldverbrennen und gefährliche Gedankenexperimente, denn man kann auf aktuelle und zukünftige Probleme nicht mit Lösungen aus der Vergangenheit antworten. Dass hier die derzeit Regierenden teilweise die gleiche Position vertreten wie die Rechten, hat auch gesellschaftliche Auswirkungen, da das die extrem rechten Parteien legitimiert und wählbarer macht. Seit Jahrzehnten wird der Gesellschaft erzählt, dass die Kernfusion in ca. 20 bis 30 Jahren einsatzbereit sei. Die Forschung verschlingt hohe finanzielle Mittel, die dringend für den Ausbau der dezentralen Infrastruktur für Erneuerbare Energien gebraucht werden, wie zum Beispiel Speichertechnologien.

Der BUND Naturschutz fordert weiterhin die Stilllegung des Forschungsreaktors München II (Garching) sowie ein Szenario zur sicheren Behandlung, sowie Lagerung der abgebrannten hochangereicherten Brennelemente vor Ort bis zur sicheren Endlagerung. Die geplanten Transporte von Garching nach Ahaus lehnt der BN ab.

Der BUND Naturschutz fordert, dass der Atomausstieg vollendet wird und die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen geschlossen werden.

Atommüll-Lagerung

Der BUND Naturschutz fordert eine Ertüchtigung der drei Standortzwischenlager in Bayern für hochradioaktiven Abfall nach Stand von Wissenschaft und Technik. Zwischenlager und Behältermanagement müssen auf wesentlich längere Betriebszeiten ausgerichtet werden. In Anbetracht der geopolitischen Lage, sowie den Möglichkeiten durch Spionage- oder Hackerangriffe, Terrorangriffe wie z. B. durch Drohnen müssen die Behälter mit abgebrannten Brennelementen besser geschützt werden. Die Verlängerung des Zwischenlagers Gorleben als Blaupause für die Verfahren anderer Standorte darf nicht Anwendung finden. Das Minimierungsgebot des Strahlenschutzgesetzes muss eingehalten werden und bei allen Atomanlagen Verwendung finden. Der BUND Naturschutz prüft, mit welchen rechtlichen Mitteln eine schnelle Umsetzung seiner Forderungen möglich sind.

Suche nach einem Atommüll-Endlager

Der BUND Naturschutz fordert die Atommüll-Lagersuche auf Grundlage von wissenschaftlich begründeten Kriterien transparent und mit einer verlässlichen und wirksamen Beteiligung der Öffentlichkeit umzusetzen. Der BUND Naturschutz fordert einen Standort für ein Endlager für hochradioaktiven Müll mit der bestmöglichen Sicherheit. Die drei Phasen des derzeitigen Standortauswahlgesetzes müssen beibehalten werden, um auf wissenschaftlich und politisch verlässlicher Basis den Standort zu bestimmen.

Im Zuge der Novellierung des Standortauswahlgesetzes lehnen wir eine Beschleunigung auf Kosten von Sicherheit in Form der Zusammenlegung der Suchphasen ab. Die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse darf nicht für mehr Tempo aufgegeben werden.

BUND Naturschutz in Bayern e.V., beschlossen am 14. Juni 2026 in Deggendorf

Aus der größten Energiekrise die richtigen Schlüsse ziehen! Jetzt die Weichen für Erneuerbare Energien, Wärme und Mobilität richtig stellen.

In den letzten Tagen ist das Gebäudemodernisierungsgesetz durch das Kabinett verabschiedet und in den Bundestag und Bundesrat eingebracht worden. Ebenso liegt das Netzpaket der Bundesregierung als Referentenentwurf vor. Der BUND Naturschutz wendet sich vehement gegen die beiden Gesetzesvorhaben, da sie die Verfassungsziele zum Klimaschutz der Bundesrepublik untergraben.

Bayern spürt die Folgen der Klimakrise bereits heute mit voller Wucht. So ist die durchschnittliche Temperatur schon um 1,9 Grad Celsius gestiegen – stärker als im globalen Mittel. Gerade Bayern erlebt Jahr für Jahr mehr Wetterextreme. Die Auswirkungen bedrohen Menschen, Tiere und Pflanzen gleichermaßen. Unsere Wälder vertrocknen, die Böden verlieren an Fruchtbarkeit, und die Gesundheit vieler Menschen leidet. Jede weitere Verzögerung beim Klimaschutz verschärft die Krise und macht die erforderlichen Umbrüche härter.

Der nachhaltige Ausbau der Erneuerbaren Energien (Sonne und Wind), insbesondere der dezentrale Ausbau, wird neben der zentralen Bedeutung für den Klimaschutz ebenso für die Versorgungssicherheit wichtig. Spätestens durch den Angriff auf den Iran Ende Februar mit der Zerstörung entsprechender Infrastruktur und der Blockade wichtiger Handelsrouten für fossile Energien muss klar sein, dass wir endgültig den fossilen Pfad verlassen müssen und keine weiteren Abhängigkeiten zementieren.

Die Delegiertenversammlung des BUND Naturschutz stellt fest, dass die aktuellen Vorhaben der Bundesregierung die Energie- und Wärmewende ausbremsen und damit Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Planungssicherheit gefährden. Mit einer Verzögerung des Ausstiegs aus fossilen Heizsystemen, Eingriffen in die Rahmenbedingungen für erneuerbare Stromerzeugung und dem übermäßigen Ausbau neuer Gaskraftwerke wird wertvolle Zeit in der Klimakrise verloren.

Der BUND Naturschutz setzt sich darum für eine klimaneutrale Zukunft ein, in der die Emissionen klimaschädlicher Gase vollständig vermieden werden. Insbesondere unsere Versorgung mit Energie und Wärme muss dazu fundamental dekarbonisiert werden. Dieses Ziel erreichen wir durch konsequente Energieeinsparung und eine weitgehende Elektrifizierung aller energieverbrauchenden Sektoren. Elektrischer Strom wird dabei zum zentralen Energieträger. Die Elektrifizierung ermöglicht erhebliche Effizienzgewinne, reduziert den Primärenergiebedarf deutlich und stärkt die Unabhängigkeit von fossilen Ressourcen. Damit wird auch die Abhängigkeit von autokratisch regierten Ländern reduziert. Neben technischer Effizienz bleibt die Suffizienz – also ein bewusster, sparsamer Umgang mit Energie – ein unverzichtbarer Bestandteil der Energiewende.

Die Delegiertenversammlung fordert die Bundesregierung deshalb auf,

- die Wärmewende konsequent am schnellen Ausstieg aus fossilen Energieträgern auszurichten, statt weitere neue Gas- und Ölheizungen zu ermöglichen;
- Verbraucher*innen nicht durch Scheinlösungen und künftig teure, knappe grüne Brennstoffe (Stichwort Biotreppe) in fossilen Abhängigkeiten zu halten, sondern verfügbare erneuerbare Wärme, Effizienz und Elektrifizierung zu stärken;
- den Anschluss- und Einspeisevorrang für erneuerbare Energien zu sichern und den vorgesehenen Redispatch-Vorbehalt im Netzpaket nicht umzusetzen;
- insbesondere in Bayern den Ausbau von Wind- und Solarenergie nicht durch zusätzliche wirtschaftliche Risiken und den Verlust von Entschädigungsansprüchen bei Abregelungen zu behindern;
- flexible Kraftwerkskapazitäten nur in dem Umfang auszubauen, der systemisch erforderlich ist, netzdienliche Batterien dabei nicht zu benachteiligen und, wenn Gaskraftwerke als Reserve nötig sind, diese ausschließlich mit einem verbindlichen Umstiegsfahrplan auf 100% erneuerbaren Wasserstoff zu bauen
- die Energiewende als Gesamtprojekt aus Klimaschutz, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Naturverträglichkeit konsequent voranzutreiben.

- bidirektionales Laden von Elektro-PKW, LKW und Omnibussen mit einer herstellerübergreifenden Norm zu ermöglichen. Der beschlossene Verzicht von doppelten Netzentgelten für das Laden und Entladen soll sofort umgesetzt werden.
- den Ausbau der Verteilnetze zu fördern.

Die Delegiertenversammlung bekräftigt: Der BUND Naturschutz steht für eine sozial gerechte, naturverträgliche und entschlossene Energiewende. Die Zukunft liegt in Energieeinsparung, Effizienz, erneuerbarer Wärme, einem naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung, Speichern, Netzen und einem klaren Rückbau fossiler Abhängigkeiten.

BUND Naturschutz in Bayern e.V., beschlossen am 14. Juni 2026 in Deggendorf

Beschluss der Delegiertenversammlung

GO

Anpassung der Geschäftsordnungsvorlage zur doppelt-quotierten Redeliste

Die Delegiertenversammlung des BUND Naturschutz beschließt die Änderung der Geschäftsordnungsvorlage. Geändert (**in Fett**) wird unter folgender Ziffer:

3. REDE- UND ANTRAGSRECHT WÄHREND DER DV/WORTERTEILUNG

Rede- und antragsberechtigt sind die Mitglieder gemäß § 7 Abs. 1 der Satzung des BN.

Das Tagungspräsidium kann zusätzlich anderen Mitgliedern des BN und Gästen das Wort erteilen. Der/die Betriebsratsvorsitzende oder sein/e Stellvertreter/in erhält zu personalrelevanten Fragen ein Rederecht.

Wortmeldungen sind dann zugelassen, wenn die Aussprache über den zu behandelnden Punkt der Tagesordnung eröffnet worden ist. ~~Die Redner/innen erhalten in der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.~~ **Das Tagungspräsidium führt eine doppelt quотиerte Redeliste und erteilt das Wort abwechselnd an eine Frau und einen Mann in der Reihenfolge der Wortmeldungen. Diverse Personen werden jeweils bei dem Geschlecht eingeordnet, bei dem zu dem Zeitpunkt der Meldung weniger Personen auf der Redeliste stehen. Bei der ersten Wortmeldung zu einem neuen Tagesordnungspunkt soll eine Frau* aufgerufen werden. Wenn keine Wortmeldung einer Frau* vorliegt, kann wie oben beschrieben weiter verfahren werden. Innerhalb eines Geschlechts werden Erstredner*innen vor Personen gesetzt, die bereits zur Sache gesprochen haben. Stehen auf der Redeliste nur Beiträge eines Geschlechts, wird genderunabhängig fortgefahren.**

Das Tagungspräsidium kann schriftliche Wortmeldung beschließen.

Mitgliedern des Landesvorstandes ist während der Aussprache auf Verlangen außer der Reihe das Wort zu erteilen.

Sie sind hierbei an die Redezeit gebunden.

Der/die Antragsteller/in kann sowohl zu Beginn als auch nach Schluss der Debatte zum eigenen Antrag das Wort verlangen.

BUND Naturschutz in Bayern e.V., beschlossen am 13. Juni 2026 in Deggendorf

„BN-Netzpolitik“

Der BUND Naturschutz e.V. ist sich seiner demokratischen Verantwortung im Internet bewusst und setzt hierfür auch Zeichen. Nach einer internen Erörterung der BN-Netzpolitik werden noch im Jahr 2026, auch in Abstimmung mit dem BUND, geeignete Maßnahmen ergriffen, die einen problembewussten Umgang mit Facebook & Co. fördern sowie Alternativen aufzeigen, welche die europäische Unabhängigkeit bei Webdienstleistungen stärken. (Konkrete Beispiele potentieller Maßnahmen liegen diesem Antrag zur internen Behandlung durch die BN-Fachabteilung bei.)

BUND Naturschutz in Bayern e.V., beschlossen am 14. Juni 2026 in Deggendorf

Der Altmain – ein einzigartiges Stück Natur schützen und entwickeln

Die Delegiertenversammlung des BUND Naturschutz fordert den Freistaat Bayern auf, den Altmain bei der Volkacher Mainschleife zeitnah in einen guten ökologischen Zustand zu versetzen. Hierzu sind Ufersicherungen insbesondere in jenen Bereichen rückzubauen, in denen es ohne Gefährdung besiedelter Bereiche möglich ist. Ziel ist es, dem Fluss wieder Möglichkeiten zur Eigendynamik zu geben. Darüber hinaus ist durch den Freistaat Bayern zu prüfen, ob die Ausweisung des Altmains als erheblich verändertes Gewässer zurückgenommen werden kann.

BUND Naturschutz in Bayern e.V., beschlossen am 14. Juni 2026 in Deggendorf

Aufnahme in Bündnis für naturnahe Beweidung

Der BUND Naturschutz setzt sich für den Ausbau naturschutzkonformer Beweidung ein. Diese Form der Landschaftspflege erhöht nachgewiesenermaßen die Biodiversität, unterstützt bedrohte Arten und speichert in erheblichem Maß CO₂ in extensivem Dauergrünland. Daher initiiert und beteiligt sich der BN an mehreren Weideprojekten, seit März 2026 auch durch eine behirtete Beweidung der KG Mühldorf. Aus Anlass des UN „Internationalen Jahr der Weidelandschaften und Hirten 2026“ setzt sich das „Bündnis für Weidelandschaften und Hirtentum“ für den Ausbau der Förderungen von Beweidung ein. Wir beantragen die Aufnahme in das Bündnis.

Der BUND Naturschutz behält sich auch in weiteren Fällen vor, andere Auffassungen als andere Akteure im Bündnis zu vertreten, etwa wenn es um den Schutz der alpinen Natur wie der Zwergstrauch- und Mattenregionen der Hochalpen geht oder den Verzicht auf Weideinfrastruktur in sensiblen Lagen.

BUND Naturschutz in Bayern e.V., beschlossen am 14. Juni 2026 in Deggendorf

Stärkung der Open-Source-Bewegung zum Nutzen Europas

Es wird eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich mit folgenden Themen befasst:

- Stand der Einführung von Microsoft
- Es wird für die verschiedenen Arbeitsebenen geprüft, wie wir langfristig eine IT-Infrastruktur bereitstellen können, die unsere Unabhängigkeit von Big-Tech erhält.
- Klärung, ob der BN-Bayern seine IT-Struktur (wie-z.B. NextCloud in KG oder OG) stärken oder aufgeben möchte
- Vorschläge zu geeigneten europäischen Open-Source-Lösungen für Kommunikation, Aufbau einer Wissensbasis, Nutzung von Cloud-Lösungen, KI usw.

Der Landesvorstand möge sich bemühen, andere Umweltorganisationen mit ins Boot zu holen.

BUND Naturschutz in Bayern e.V., beschlossen am 14. Juni 2026 in Deggendorf

Die Jugend ist die Zukunft

Die Delegiertenversammlung des BUND Naturschutz Bayern e.V. erkennt die zentrale Rolle seiner Jugendorganisation, der BUNDjugend Bayern, als unverzichtbaren Teil und als essenziellen Baustein für die Zukunftsfähigkeit des Verbandes an. Zum 50-jährigen Jubiläum der BUNDjugend Bayern bekennt sich der BN dazu, die Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu intensivieren und die Jugendorganisation aktiv in die strategische Ausrichtung des Gesamtverbandes einzubinden. Seit 50 Jahren ist die BUNDjugend Bayern weit mehr als nur eine Jugendorganisation, sie ist vielmehr integraler Bestandteil des BN. Wir, der BUND Naturschutz und seine Jugendorganisation, wollen dieses Jubiläum nicht nur als Rückblick, sondern vielmehr als Startschuss für weitere progressive 50 Jahre betrachten.

Dafür wollen wir folgende Themen in der kommenden Zeit von beiden Seiten mit besonderem Nachdruck voranbringen:

1. Aktive Involvierung und Zusammenarbeit: Der BUND Naturschutz bezieht, in einer Zeit die von großen Veränderungen geprägt ist, seine Jugendorganisation weiterhin in alle relevanten Strategieentwicklungsprozesse ein, um von neuen Perspektiven und Ideen profitieren zu können. Außerdem bringt sich die Jugendorganisation in relevante politische Kampagnen und Entscheidungen ein, um damit jüngere Meinungen gut repräsentieren zu können. Ob es um den Widerstand gegen die Deregulierung von Naturschutzstandards oder den Kampf gegen den Klimawandel geht – unsere Kampagnen gewinnen an Schlagkraft, wenn wir die Erfahrungswerte und Expertise des BN mit wertvollen Perspektiven und Ansätzen aus der Jugend bündeln.

2. Gemeinsame politische Positionierungen: Gemeinsame Kampagnen wollen wir weiter intensivieren (z. B. HandsOffNature, Einsatz gegen Deregulierung im Naturschutz). Dazu gehört für uns eine klare, geschlossene Haltung zum Schutz der Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Angesichts aktueller politischer Bedrohungen ist eine klare Kante gegen Rechtsextremismus und die AfD für uns als Jugendverband essenziell. Denn unser aktiver Einsatz für Natur- und Umweltschutz, Jugendarbeit und Bildung ist untrennbar mit einer funktionierenden, wehrhaften und stabilen Demokratie verbunden. Genau deshalb wollen wir zusammen in Form von gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Positionspapieren und Bündnissen für den Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung eintreten.

3. Sichtbarkeit: Um unsere gemeinsamen Ziele noch besser verfolgen zu können, wollen wir die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit ausbauen, um die Perspektiven junger Umwelt- und Naturschützer*innen prominent abzubilden und positive Synergieeffekte für den Verband effektiv zu nutzen. Dabei geht es nicht nur um die bereits sehr gut funktionierende Zusammenarbeit in den sozialen Medien. Durch die dortigen gemeinsamen Veröffentlichungen erreichen wir erfolgreich viele neue Menschen. Darüber hinaus können wir uns eine aktivere Einbindung bei Pressestellungen, z.B. indem wir die Möglichkeit gemeinsamer Sprecher*innen prüfen, gut vorstellen. Denn wenn wir junge Stimmen vermehrt repräsentieren, können wir bei vielen Themen, wie z. B. dem Umweltschutz, nachdrücklicher argumentieren und auch überzeugender nach außen auftreten.

4. Zukunftsbrücke: Wir setzen uns einen strukturierten Übergang von der BUNDjugend Bayern in den BN als Ziel, um den Verjüngungsprozess des Verbandes aktiv weiter zu gestalten. Wir wollen diesen Prozess aktiv mitgestalten und unseren Teil dazu beitragen, dass junge Erwachsene motiviert sind, sich auch nach der BUNDjugend weiterhin zu engagieren. Ein gelungener Übergang von der BUNDjugend in die Gremien und Aktivitäten des BN bewahrt Wissen, Freude und Erfahrungen für die nächsten 50 Jahre voller Engagement. An vielen Stellen läuft dies auch schon sehr gut. So haben viele Ehrenamtliche und Hauptamtliche einen Hintergrund aus der BUNDjugend. Allerdings gäbe es weitere Möglichkeiten, enger mit den lokalen BN-Gruppen zusammenzuarbeiten, um vor Ort mehr Jugendgruppen zu gründen und gezielte Networking-Veranstaltungen für diese Altersgruppe mit BN-Aktiven zu organisieren, um so engere Verbindungen aufzubauen. Die gezielte Planung und Bewerbung von generationenübergreifenden Veranstaltungen, wie z. B. Austausch zu politischen Themen oder die gemeinsame Umsetzung von praktischem Naturschutz, schafft für beide Seiten mehr Transparenz über die Abläufe im jeweils anderen Verband und verkleinert so die Hemmschwelle, vom Jugend- in den Erwachsenenverband überzutreten.

Eine weitere Möglichkeit wären vermehrte landesweite Veranstaltungen, die mit ähnlichem Charakter eine Vernetzung zwischen den BUNDjugend-Mitgliedern und den landesweit agierenden Arbeitskreisen fördern

BUND Naturschutz in Bayern e.V., beschlossen am 14. Juni 2026 in Deggendorf

Beschluss der Delegiertenversammlung

A7

Unterstützung der Aktion „Abpflastern“

Der BUND Naturschutz in Bayern unterstützt informell ausdrücklich den bundesweiten Wettbewerb „Abpflastern“ und ermuntert die Kreis- und Ortsgruppen dazu, sich zusammen mit ihren Kommunen daran zu beteiligen.

BUND Naturschutz in Bayern e.V., beschlossen am 14. Juni 2026 in Deggendorf

Beschluss der Delegiertenversammlung

A8

Einführung eines „Kommunalen Info-Dienstes (KID)“

Der BUND Naturschutz in Bayern gestaltet zukünftig einen „Kommunalen Info-Dienst (KID)“, der sich direkt an die bayerischen Kommunen wendet und zu unterschiedlichen Themen konkrete Maßnahmen vorschlägt oder bei der Lösung von Problemen um Unterstützung bittet.

Der „KID“ muss nicht vom Landesverband selbst erstellt werden, sondern hier sollten vor allem die Landesarbeitskreise einbezogen werden. Die Vorgehensweise wird in Zusammenarbeit der LAKs, des Vorstandes und weiteren Ehrenamtlichen abgestimmt.

BUND Naturschutz in Bayern e.V., beschlossen am 14. Juni 2026 in Deggendorf

Hinweise zu den weiteren Anträgen

A2 „Zentrale Interessenserkundung des Landesverbandes für LNPR Anträge der KG“:

Der Antrag wurde zurückgezogen, der Landesvorstand beschäftigt sich bereits mit dem Thema und wird darüber informieren.

A9: „Erhöhung des Personalkostenzuschusses für Kreisgruppen“:

Der Antrag wurde zurückgezogen, der Landesvorstand richtet eine Arbeitsgruppe ein, um die Thematik genau zu analysieren und eine Lösung zu erarbeiten.

A10: „Stellungnahmen zu PV-Freiflächenanlagen“:

Der Antrag wurde zurückgezogen, die gewünschte Musterstellungnahme ist im internen Bereich zu finden.